

**Ordnungsbehördliche Verordnung
zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
in der Stadt Heilbad Heiligenstadt**

- Ordnungsbehördliche Verordnung -

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt erlässt nach Vorlage bei der Rechtsaufsichtsbehörde auf Grund der §§ 27, 45 und 46 Abs. 1 des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungsbehörden (OBG) vom 18. Juni 1993 (GVBl. S. 323) und der 8. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes in der Fassung vom 14. Mai 1990 (BGBl. S. 880) in der zur Zeit gültigen Fassung und der Straßenverkehrsordnung (StVO) vom 16. November 1970 (BGBl. S. 1565, ber. 1971 S. 38), geändert durch Verordnung vom 20. Juni 1998 (BGBl. I S. 1654) sowie dem Thüringer Fischereigesetz (ThürFischG) in der Fassung vom 25. August 1999 (GVBl. S. 501) die folgende ordnungsbehördliche Verordnung für das Gebiet der Stadt Heilbad Heiligenstadt, zuletzt geändert 26.02.2009.

(unter Berücksichtigung der 1. Änderung vom 25.02.2009)

Der Geltungsbereich umfasst das gesamte Stadtgebiet einschließlich der eingemeindeten Ortsteile mit Ausnahme des Kurparks, der folgendermaßen abgegrenzt ist:

Er beginnt in westlicher Richtung hinter der Mehrfeldturnhalle im Bereich Göttinger Straße, dehnt sich in östlicher Richtung bis zur Straße Leineberg und in nördlicher Richtung bis zum Leineufer, in südlicher Richtung entlang der Stadtmauer, außer dem Spielplatz, aus und endet mit dem an der Wilhelmstraße angrenzenden Alten Friedhof einschließlich der Straße „Scheuche“. Die Straße Felgentor wird dem übrigen Stadtgebiet zugeordnet.

§ 1

Begriffsbestimmungen

(1) Verkehrsflächen im Sinne dieser Verordnung sind alle dem öffentlichen Verkehr dienenden Flächen ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse.

(2) Zu den Verkehrsflächen gehören insbesondere Straßen, Fahrbahnen, Wege, Geh- und Radwege, Bürgersteige, Plätze, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Böschungen, Durchlässe, Rinnen und Gräben, Brücken, Unterführungen, Treppen und Rampen vor der Straßenfront der Häuser, soweit sie nicht eingefriedet sind.

(3) Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse insbesondere alle der Allgemeinheit zur Nutzung zur Verfügung stehenden oder bestimmungsgemäß zugänglichen

- a) Grün-, Erholungs-, Spiel und Sportflächen, Waldungen, Gärten, Friedhöfe sowie die Ufer und Böschungen von Gewässern;
- b) Ruhebänke, Toiletten, Kinderspiel- und Sporteinrichtungen, Fernsprecheinrichtungen, Wetterschutz und ähnliche Einrichtungen,

- c) Denkmäler und unter Denkmalschutz stehende Baulichkeiten, Kunstgegenstände, Standbilder, Plastiken, Anschlagtafeln, Beleuchtungs-, Versorgungs-, Kanalisations-, Entwässerungs-, Katastrophenschutz- und Baustelleneinrichtungen sowie Verkehrsschilder, Hinweiszeichen und Lichtzeichenanlagen.

§ 2

Benutzung öffentlicher Straßen und öffentlicher Anlagen

Die Benutzung öffentlicher Straßen und öffentlicher Anlagen ist jedermann im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der nachfolgenden Regelungen gestattet.

§ 3

Benutzungsbeschränkungen

- (1) Jeder hat sich auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen so zu verhalten, dass andere Personen dadurch nicht gefährdet, belästigt oder in der Benutzung gem. § 2 beeinträchtigt oder behindert werden.
- (2) Insbesondere ist es nicht gestattet,
 - a) Verkehrszeichen und –einrichtungen, Hinweiszeichen, Fernmelde- und Löschanlagen, Feuermelder sowie sonstige Einrichtungen und Zeichen für öffentliche Zwecke zu entfernen, zu verdecken oder sonst in ihrer Sicherheit und Funktion zu beeinträchtigen oder missbräuchlich zu benutzen;
 - b) Hydranten für die Löschwasserentnahme zu verdecken;
 - c) Baustoffe und andere Materialien im öffentlichen Straßenraum in einem Abstand von grundsätzlich weniger als 1,5 m von Bäumen und Sträuchern zu lagern;
 - d) zu übernachten;
 - e) öffentlich die Notdurft zu verrichten;
 - f) in belästigender Weise zu betteln;
 - g) sich außerhalb konzessionierter Schankflächen im Freien zum Zwecke des Alkoholgenusses zusammenzufinden oder sich im Zustand der Trunkenheit dort aufzuhalten und dabei durch Ärgernis erregendes Verhalten (z. B. Grölen, Anpöbeln von Passanten, Verunreinigungen) andere zu stören;
 - h) den im Haushalt anfallenden Müll in Papier- und Abfallkörbe zu füllen.

§ 4

Hausnummern

(1) Jeder Hauseigentümer oder Nutzungsberechtigte ist verpflichtet, auf seine Kosten an seinem Haus die ihm von der Stadt Heilbad Heiligenstadt zugeteilte Hausnummer anzubringen, zu erhalten und im Bedarfsfall zu erneuern. Die Hausnummer muss von der Fahrbahnmitte der Straße aus, zu der das Grundstück gehört, sichtbar sein. Die Hausnummern müssen sich vom Hintergrund abheben. Es sind beschriftete Schilder, erhabene Ziffern oder Hausnummernleuchten zu verwenden. Die Nummernschilder müssen mindestens 12 x 12 cm groß und die Ziffern mindestens 10 cm hoch sein.

(2) Die Hausnummern sind am Hauseingang deutlich sichtbar anzubringen. Bei Eckgrundstücken, bei denen der Eingang nicht nach der Straße hin liegt, zu der das Grundstück gehört, ist die Hausnummer gem. Abs. 1 nach der zugehörigen Straße hin anzubringen.

(3) Bei Vorgärten von mehr als 6 Meter Tiefe oder bei starkem Pflanzenbewuchs in schmaleren Vorgärten ist eine weitere Hausnummer an dem Grundstückseingang anzubringen.

(4) Wenn für ein Grundstück eine neue Hausnummer festgelegt wird, darf die alte Hausnummer während einer Übergangszeit von einem halben Jahr nicht entfernt werden. Die alte Nummer ist mit roter Farbe so zu durchkreuzen, dass sie noch zu lesen ist.

§ 5

Anbringen von Namen an Betrieben

Gewerbetreibende, die nicht im Hause ihres Betriebes wohnen, haben am Eingang zu ihrem Betrieb, Name, Anschrift und Telefonnummer einer verantwortlichen Person anzubringen, die im Gefahrenfalle außerhalb der Geschäftszeiten erreichbar ist. Außerdem ist die verantwortliche Person auch gegenüber der städtischen Ordnungsbehörde zu benennen, die diese Angaben an die Polizei und die Feuerwehr weitergibt.

§ 6

Öffentliche Anlagen

In den öffentlichen Anlagen gem. § 1 Abs. 3 ist es verboten:

- a) mit Fahrrädern oder motorgetriebenen Fahrzeugen zu fahren, ausgenommen sind Krankenfahrstühle;
- b) die Spielplätze zweckentfremdend zu benutzen;

- c) Sport- und Schulwettkämpfe sowie Ballspiele jeder Art auf anderen als dafür vorgesehenen Plätzen durchzuführen;
- d) die Grün- und Rasenflächen zu betreten sowie die Bepflanzungen zu beschädigen oder zu entfernen;
- e) in den dortigen Gewässern ohne Fischereischein zu fischen;
- f) die aufgestellten Ruhebänke und Tische zu reservieren oder zu entfernen;
- g) mit Pferden zu reiten, es sei denn, die Wege sind durch eine entsprechende Beschilderung zu freigegeben.

§ 7

Spielplätze

(1) Kinderspielplätze und Spielparks dürfen nur von Kindern bis zum 14. Lebensjahr und deren Aufsichtspersonen benutzt werden. Der Aufenthalt auf den Kinderspielplätzen ist nur tagsüber bis zum Einbruch der Dunkelheit erlaubt. Die Benutzung der Plätze geschieht auf eigene Gefahr.

(2) Zum Schutz der Kinder ist es auf Kinderspielplätzen und in Spielparks insbesondere verboten,

- a) gefährliche Gegenstände oder Stoffe mitzunehmen;
- b) Flaschen aller Art, Metallteile oder Dosen zu zerschlagen oder wegzuwerfen;
- c) Motorfahrzeuge aller Art oder Fahrräder abzustellen oder mit ihnen zu fahren; ausgenommen von dem Verbot sind Kleinfahrräder für Kinder und Krankenfahrstühle;
- d) Tiere zu führen oder laufen zu lassen. Ausgenommen von dem Verbot sind Blindenhunde. Sie dürfen auf Spielplätzen geführt werden.

§ 8

Baden im Freien

Das Baden in öffentlichen Gewässern und öffentlichen Wasserbecken ist verboten.

§ 9

Eisflächen

(1) Das Betreten der Eisflächen aller Gewässer in der Stadt Heilbad Heiligenstadt ist verboten, soweit und solange sie nicht besonders freigegeben sind.

(2) Nicht gestattet ist es,

- a) die Eisflächen mit Fahrzeugen zu befahren;
- b) Löcher in das Eis zu schlagen oder Eis zu entnehmen, soweit dies nicht zur Erhaltung des Fischbestandes oder zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung erforderlich ist;
- c) Steine auf die Flächen zu werfen oder das Eis durch Asche und ähnliches zu verunreinigen.

§ 10

Lärmverhütung

(1) Ruhezeiten sind, soweit bundes- oder landesrechtlich keine andere Vorschrift besteht:

- a) Sonn- und Feiertage (Sonntagsruhe)
- b) an Werktagen die Zeiten von
13:00 – 15:00 Uhr (Mittagsruhe)
19:00 – 22:00 Uhr (Abendruhe)
22:00 – 07:00 Uhr (Nachtruhe).

(2) Während der Ruhezeiten nach Abs. 1 hat sich jeder so zu verhalten, dass andere nicht mehr als nach den Umständen unvermeidbar durch Geräusche belästigt werden.

(3) In bewohnten Gebieten sind während der Ruhezeiten mit starkem Geräusch verbundene Arbeiten verboten, insbesondere

- a) der Betrieb von motorbetriebenen Handwerksgeräten wie Sägen, Bohr- und Schleifmaschinen, Motorpumpen;
- b) Betrieb von Rasenmähern und sonstigen motorbetriebenen Gartengeräten;
- c) das Ausklopfen von Teppichen, Polstermöbeln und Matratzen, auch auf offenen Balkonen und bei geöffneten Fenstern.

Buchstabe b) gilt nicht für den Betrieb von hand- oder motorbetriebenen Rasenmähern, die mit einem Emissionswert von weniger als 60 dB (A) gekennzeichnet sind, während der Mittags- und Abendruhe.

(4) Geräuschvolle Arbeiten oder Belästigungen gewerblicher sowie land- und forstwirtschaftlicher Art wie der Betrieb von Baumaschinen und –geräten fallen nicht unter das Verbot des Abs. 3.

(5) In Gaststätten, Versammlungs-, Vergnügungs- und Privaträumen müssen die Fenster und Türen während der Mittagsruhe und der Nachtruhe geschlossen sein, wenn gesungen, gekegelt oder musiziert wird, soweit sich dadurch eine unzumutbare Geräuschbelästigung gem. Abs. 2 ergibt. Das Singen, Kegeln, Musizieren und Betreiben von Tonwiedergabegeräten außerhalb geschlossener Räume oder bei geöffneten Fenstern ist auch außerhalb der Ruhezeiten verboten, wenn dadurch unbeteiligte Personen belästigt werden können. Davon ausgenommen sind Umzüge, Prozessionen und Volksfeste.

(6) Privatrechtliche Vorschriften bleiben davon unberührt.

§ 11

Reinigungsarbeiten

(1) Aus Gebäuden in unmittelbarer Straßennähe darf zur Straßenseite hin nicht ins Freie ausgestaubt, abgefegt oder ausgeklopft werden.

(2) Fahrzeuge aller Art dürfen auf öffentlichen Straßen gem. § 32 der Straßen gem. § 32 der Straßenverkehrsordnung (StVO) und in öffentlichen Anlagen weder abgespritzt noch gewaschen werden.

§ 12

Sauberkeit

(1) Es ist verboten, die öffentlichen Straßen, Wege, Plätze sowie öffentliche Anlagen und Denkmale gemäß § 1 dieser Verordnung zu verunreinigen; besonders dürfen Papier-, Zigaretten-, Obstreste, Kaugummi oder andere Abfälle nicht auf die Straßen und in die öffentlichen Anlagen verbracht werden. Zur Abholung bereitstehender Sperrmüll muss gefahrlos und so am Straßenrand abgestellt sein, dass Schachtdeckel und Abdeckungen von Versorgungsanlagen nicht verdeckt oder sonst in ihrer Sichtbarkeit und Funktion beeinträchtigt werden. Es ist verboten, bereitgestellten Sperrmüll beim Durchsuchen auseinanderzuziehen und auszubreiten.

(2) Flüssigkeiten dürfen nur in die Gosse geschüttet werden, wenn sie ungehindert abfließen können, bei Frostwetter jedoch nur, wenn hierdurch keine Glätte entsteht. Verunreinigende, besonders ölige, teerige, brennbare, explosive, säure- und laugenhaltige oder andere umwelt- oder gesundheitsschädliche Flüssigkeiten dürfen nicht in die Rinnsteine geschüttet werden.

§ 13

Anschlagswesen

(1) Das unbefugte Bekleben, Bemalen, Beschreiben und Beschmieren von Gebäuden, Denkmälern, Mauern, Einfriedungen, Toren, Brücken, Bänken, Straßen, Verteilerschränken, Brunnen, Bäumen, Leitungsmasten, Papierkörben, Müllbehältern, Streumaterialkästen, Fahrgastwarteallen, Hinweistafeln des öffentlichen Nahverkehrs und dergleichen ist verboten. Ebenfalls ist es untersagt, Hinweis- oder Werbetafeln ohne Genehmigung an öffentlichen Einrichtungen anzubringen.

(2) Auf denjenigen, der andere damit beauftragt oder es ihnen überlässt, entgegen dem in Abs. 1 genannten Verbot zu handeln, sind die Bußgeldvorschriften des § 16 in gleicher Weise anzuwenden, wie auf den Ausführenden, der gegen das Verbot des Abs. 1 verstößt.

§ 14

Offene Feuer im Freien

(1) Das Anlegen und Unterhalten von Oster-, Lager- oder anderen offenen Feuern ist gemäß Thüringer Abfallgesetz nicht erlaubt. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung durch die zuständige Behörde. Diese Genehmigung ersetzt nicht die Zustimmung des Grundstückseigentümers oder –besitzers. Andere Bestimmungen, nach denen offene Feuer gestattet oder verboten sind (z. B. nach Abfallbeseitigungsrecht) bleiben unberührt.

(2) Das Verbrennen von Baum- und Strauchschnitt ist auch während der nach Thüringer Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen in der jeweils geltenden Fassung zugelassenen Zeiträumen im Gemarkungsbereich des Stadtgebietes (Kernstadt) untersagt.

§ 15

Hundehaltung

(1) Hundehalter und die mit der Führung oder Beaufsichtigung von Hunden beauftragten Personen sind verpflichtet zu verhüten, dass ihr Tier

- a) unbeaufsichtigt umher läuft;
- b) Personen oder Tiere gefährdend anspringt oder anfällt;
- c) öffentliche Straßen und öffentliche Anlagen durch Hundekot und Erbrochenem verunreinigt. Diese Verunreinigungen sind sofort durch den Hundeführer zu beseitigen.

(2) In geschlossener Ortslage besteht für Hunde Anleinpflcht.

(3) Bissige Hunde müssen in der Öffentlichkeit mit einem bisssicheren Maulkorb versehen sein; für bissige Hunde besteht ebenso wie für läufige Hündinnen Anleinplicht.

§ 16

Ordnungswidrigkeiten

(1) Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften dieser Ordnungsbehördlichen Verordnung können nach § 51 des Ordnungsbehördengesetzes mit einer Geldbuße bis zu 5.000 € geahndet werden. Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Stadt Heilbad Heiligenstadt.

(2) Ordnungswidrig nach § 50 OBG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Geboten oder Verboten der §§ 2 bis 15 dieser Ordnungsbehördlichen Verordnung zuwider handelt.

§ 17

Inkrafttreten / Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 01. Januar 2002 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Heilbad Heiligenstadt – Sicherheitsverordnung – vom 27. April 1994 in der Fassung der 1. Änderung vom 11. Juni 1996 außer Kraft.

Heilbad Heiligenstadt, den 10.12.2001

Beck
Bürgermeister

Siegel